

POSTULAT von Daniel Vischer (Grüne, Zürich), und Anjuska Weil (FraP!, Zürich)
betreffend Ausschaffungsgefängnis Kloten

Der Regierungsrat wird aufgefordert, umgehend den Bau für ein neues Ausschaffungsgefängnis in Kloten zu stoppen und dem Kantonsrat eine neue Vorlage vorzulegen.

Daniel Vischer
Anjuska Weil

Begründung

Im Antrag des Regierungsrates sind bezüglich des Ausschaffungsgefängnisses Kloten 108 Gefängnisplätze vorgesehen. Im Papier der Justizdirektion "Gefängnisplanung 2000", das an die Mitglieder der Kommission betr. Kaserne Polizeigefängnis und Erweiterung des Bezirksgefängnisses Pfäffikon abgegeben worden ist, wird bereits festgehalten, die Doppelzellen dürften wegen ungenügender Grundfläche nur noch als Einzelzellen verwendet werden, weil dies die Auflagen im Zusammenhang mit dem Bundesbeitrag vorsehen. Dies hätte einen Verlust von 44 Plätzen zur Folge. Es gälte eine Uebergangsregelung. Gemäss "Gesetz über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug" beträgt die für eine Einzelzelle vorgeschriebene Mindestfläche 10,6 Quadratmeter. Für Doppelzellen sind es 16 Quadratmeter. Unbestritten ist, dass Rasse, Hautfarbe, nationale oder soziale Herkunft gemäss Mindestgrundsätze von UNO und Europarat nicht zu diskriminierender Behandlung führen dürfen.

Vor diesem Hintergrund gilt:

- Warum wurde bei der Planung des Ausschaffungsgefängnisses die Vorschrift über die Mindestzellengrösse nicht eingehalten?
- Es ist menschenunwürdig, eine Zellengrösse in Kauf zu nehmen, die den Mindestgrundsätzen des Bundes widerspricht. Kann sich dies der Kanton Zürich überhaupt leisten? Wie will der Regierungsrat dem Vorwurf begegnen, mit diesem Vorgehen behandle er Ausländer/-innen, namentlich solche aus der Dritten Welt, als Minderwertige, sind doch diese Gefängniszellen ausdrücklich (Flugplatznähe als Argument) für sie vorgesehen. Hat Weltoffenheit nicht auch damit zu tun, Grundsätze der Menschenwürde unabhängig von der Hautfarbe eines Menschen anzuwenden?
- Welche Abmachungen wurden bislang mit dem Bund wann getroffen? Wann verhandelte der Regierungsrat bezüglich des Ausschaffungsgefängnisses zum ersten Mal mit dem Bund? Parlament und Kommission war nichts bekannt.
- Das Parlament und vorgängig die parlamentarische Kommission stimmten dem Projekt in Unkenntnis der Vorgabe zu, dass der Bund nur Subventionen bei Belegung von 64 Zellenplätzen sprechen wird. Mithin ging das Parlament von falschen Tatsachen aus. Der Regierungsrat hat dem Parlament gegenüber wider Treu und Glauben gehandelt. Das Projekt muss nunmehr zurückgezogen und ein den Subventionsbedingungen entsprechendes Projekt dem Kantonsrat vorgelegt werden. Der Kantonsrat ging nämlich auch von einer falschen Kostenrelation bezüglich einem Zellenplatz aus.

Entsprechend ist der Regierungsrat aufzufordern, umgehend den Bau zu stoppen.